



HESSISCHER LANDTAG

19. 03. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**betreffend SPD in Hessen in der Frage eines Flugverbots in
den Nachtrandstunden völlig zerstritten - Täuschungsversuch auf
Kosten der Menschen dient ausschließlich parteipolitischer Taktik**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Forderungen der Oberbürgermeister der SPD von Frankfurt a.M., Hanau, Mainz und Offenbach zur Ausweitung des Nachtflugverbotes auf die Nachtrandstunden zwischen 22 und 23 Uhr sowie zwischen 5 und 6 Uhr dem Beschluss des Landesparteitages der hessischen SPD vom 9. März 2013 vollkommen widersprechen. Dieser hatte sich auf Drängen des Landesvorsitzenden der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel, deutlich gegen Initiativen für ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr ausgesprochen.
2. Die Revision der Landesregierung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat für die gewünschte Rechtsklarheit in allen wichtigen Fragen gesorgt. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung daraufhin die zentrale Forderung der Mediation nach einem Verbot planmäßiger Flüge zwischen 23 und 5 Uhr rechtssicher umsetzen konnte. Der Landtag fordert vor diesem Hintergrund alle seine Mitglieder auf, sich zum Mediationsergebnis zu bekennen und der weiteren Ausweitung des Nachtflugverbotes auf die Nachtrandstunden eine Absage zu erteilen. Dies würde die Funktionsfähigkeit des Flughafens Frankfurt als internationales Luftverkehrsdrehkreuz massiv gefährden und damit viele Tausend Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land kosten.
3. Der Landtag begrüßt, dass bereits eine Vielzahl der Maßnahmen der "Allianz für mehr Lärmschutz 2012" für den aktiven und passiven Lärmschutz umgesetzt wurden, z.B. die Anhebung der Gegenanflugrouten, eine deutliche Anhebung der lärmabhängigen Start- und Landeentgelte sowie eine Initiative, dieses Instrument auch an anderen europäischen Großflughäfen einzuführen. Zudem hat die Landesregierung beispiellos den Regionalfonds mit 335 Mio. € zur Durchführung von passiven Lärmschutzmaßnahmen eingerichtet und wirkt auf eine entsprechende Einbindung der Stadt Frankfurt hin, sich endlich im Interesse der Betroffenen als einer der Hauptprofiteure ebenfalls an dem Regionalfonds zu beteiligen. Das ist ein wirksamer Beitrag zur Lärmreduzierung, während die Oberbürgermeister der SPD mit ihrer Forderung die Bevölkerung täuschen wollen, da eine Ausweitung des Nachtflugverbotes nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes nicht möglich ist. Auch das von der SPD in Auftrag gegebene Gutachten hat dies klar belegt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. März 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Dr. Blechschmidt